

Neue Westfälische 10.3.2012

SPD sieht Chance für Straße auf Marktkauf-Areal

Verkehrsentlastung für Oldentrup: CDU hält Umgehung parallel zur Bahn für sinnvoller / Meyerbach im Weg

VON FRANK BELL

■ **Oldentrup.** Die SPD in der Bezirksvertretung Heepen sieht Chancen für eine Entlastung des Ortskerns vom Straßenverkehr und für die Variante über das Marktkauf-Gelände. Auf ihren Antrag beschloss die Bezirksvertretung einstimmig, die Bauverwaltung möge umgehend alle Grundstückseigentümer, die betroffen sein können, auf Realisierungsmöglichkeiten ansprechen und gegebenenfalls an einen Tisch holen. Dabei sollen auch Varianten wie ein Tieferlegen

der Trasse diskutiert werden.

Hintergrund für diesen Antrag, so Fraktionschef Gerd Wäschebach, seien geplante Umbaumaßnahmen der Edeka auf dem Marktkauf-Gelände. In der Februar-Sitzung hatte Hans-Werner Klemme vom Amt für Verkehr bezüglich der Variante 1 (Verlängerung der Striegauer Straße über das Marktkauf-Areal zur Potsdamer Straße) erklärt: „Das kann sich dynamisch entwickeln.“

Die CDU stimmte zwar zu. Ihr Fraktionschef Guido Elsner betonte jedoch: „Wir glauben

immer noch, dass die Variante 1 das Problem nur verlagert, aber nicht löst. Wir halten die Variante 3 für mindestens gleichwertig, wenn nicht sogar für besser.“ Seine Fraktionskollegin Elke Grünewald erklärte: „Variante 1 bringt überhaupt nichts, weil die Straße nur 150 Meter weiter hinter dem Oldentruper Kreuz auf die Potsdamer Straße mündet.“ Variante 3 führt dagegen ab Bahnübergang parallel zur Bahnstrecke auf den Ostring gegenüber der Einmündung Altenburger Straße in Hillegossen.

Vor diesem Hintergrund hatte

Wäschebach wissen wollen, ob die Arbeiten am Meyerbach die Variante 3 betreffen. Dort wird laut Umweltamt der durch eine Altdeponie verrohrt verlaufende Bach saniert. Das Umweltamt favorisiert seinem Leiter Martin Wörmann zufolge eine Verlegung des Gewässers südlich oder westlich um die Deponie herum in naturnaher Ausführung. Wegen der Kollision der Variante 3 mit der Sanierung des Bachlaufes wollen sich Umweltamt und Amt für Verkehr abstimmen. Ergebnisse sollen der Bezirksvertretung vorgelegt werden.